

Es gilt das gesprochene Wort

5. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg
von Berlin am 16.02.2022

Antwort auf die mündliche Anfrage **Nr. 17** des BV Alexander Schie Planungen Neubau Polizeidienststelle Götzstraße 36

1. Frage

Wie ist der aktuelle Sachstand der Planungen zum Neubau der Polizeidienststelle auf dem Grundstück Götzstraße 36 (Bebauungsplanentwurf 7-82b)?

Antwort auf 1. Frage

Mit dem Bebauungsplanverfahren 7-82b werden derzeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung des Neubaus für den Polizeiabschnitt 44 auf dem Grundstück Götzstraße 36 geschaffen. Durchführende Stelle hierfür ist die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

Nach vorangegangener Frühzeitiger Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Januar und Februar 2020 sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im April und Mai 2021, wurde der überarbeitete Bebauungsplanentwurf vom 16. August bis 17. September 2021 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die hierbei eingegangenen Stellungnahmen wurden aufgenommen und fließen nun in das weitere Verfahren ein. Der Bebauungsplanentwurf wird voraussichtlich im II. Quartal 2022 dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vorgelegt.

Parallel wird die weitere Hochbauplanung vorbereitet.

Alle Informationen, inklusive begleitender Untersuchungen rund um das Bebauungsplanverfahren sind zu finden unter: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/b-planverfahren/de/oeffauslegung/7-82b/>

2. Frage

Inwiefern war das Bezirksamt an der Grundstücksfindung für die neue Polizeidienststelle und der Festlegung auf das Grundstück Götzstraße 36 beteiligt?

Antwort auf 2. Frage

Eine erste Standortuntersuchung wurde im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen für die Neue Mitte Tempelhof durchgeführt. Hierbei wurden potentiell geeignete Standorte vom FB Stadtplanung BA-TS ausgewählt, die die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenSBW) im weiteren Verfahren mit der Polizei abgestimmt hat.

Ergänzend dazu führte SenSBW im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren eine erneute Standortuntersuchung durch.

1. Nachfrage

Warum fiel die Wahl schlussendlich auf das Grundstück Götzstraße 36?

Antwort auf die 1. Nachfrage

Das landeseigene Grundstück in der Götzstraße 36 wurde in einem längeren Abwägungsprozess ausgewählt. Vorangegangen war eine intensive Prüfung von zunächst elf Einzelstandorten.

Folgende Kriterien flossen in die Untersuchung mit ein:

- Zentrale Lage und Erreichbarkeit der Einsatzorte im Abschnittsgebiet (u.a. kurze Anfahrtswege)
- Verfügbarkeit des Grundstücks (im Eigentum des Landes)
- Grundstückszuschnitt bzw. Grundstücksgröße (u.a. Berücksichtigung von Bestandsbauten)
- Umsetzung der sicherheitstechnischen Anforderungen (u.a. Einfriedung des Grundstücks)
- Erschließung des Grundstücks (u.a. mindestens zwei Zufahrten zum Grundstück)
- Besucherfreundlichkeit (u.a. Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, Wahrnehmbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger)

In der erneuten Untersuchung wurden rund 40 landeseigene Grundstücke bzw. Grundstücke Privater geprüft. Mit den Untersuchungskriterien zu Grundstücksanforderungen, bestehendem Planungsrecht bzw. verbindlichen Entwicklungszielen für das jeweilige Grundstück, Lage / Erreichbarkeit und Nutzung des Grundstücks bzw. der Umgebung wurde der Eignung für den Betrieb einer Polizeidienststelle und den Auswirkungen auf das Umfeld Rechnung getragen. Angesichts der geringen Anzahl an unbebauten Grundstücken wurden auch untergenutzte Grundstücke in die Betrachtung einbezogen. Im Ergebnis zeigte sich, dass kein anderer Standort als die Götzstraße 36 für die Aufnahme der Polizeidienststelle geeignet ist.

2. Nachfrage

Sieht das Bezirksamt durch die Verlegung der Dienststelle und der damit verbundenen längeren Wegstrecke für schnell abfahrende Polizeidienstwagen in der 30er-Zone die Anrainer gefährdet?

Antwort auf die 2. Nachfrage

Nein.

Der überwiegende Teil der Mitarbeitenden der Polizei ist im Außendienst tätig. Der Hauptanteil der Einsatzfahrten (80-90 % tagsüber und 75 % nachts) wird aus der Fläche des Abschnittsgebiets und nicht vom Standort in der Götzstraße aus bedient. Nach den Erhebungen der Polizei Berlin werden von den verbleibenden Einsatzfahrten, die am Standort Götzstraße beginnen, bei nur 15 % Sonder- und Wegerechte eingesetzt. Der Einsatz von Signalhorn und Blaulicht ist zumeist nicht bereits unmittelbar am Standort erforderlich. Zudem ist der Einsatz der Sonder- und Wegerechte, d.h. von Blaulicht und Martinshorn, an enge gesetzliche Vorgaben gebunden. Beides darf keinesfalls willkürlich erfolgen oder andere Verkehrsteilnehmende gefährden. Zum Einsatz kommen Sonder- und Wegerechte nur bei unübersichtlichen Situationen oder wenn keine freie Fahrt besteht.

Die Schulwegsicherung nimmt für die Polizei einen hohen Stellenwert ein. Den Mitarbeitenden sind die möglichen Gefahrenmomente, gerade im Umfeld von Kindertagesstätten und Schulen, aus ihrer beruflichen Tätigkeit besonders bewusst. Sie stellen ihre Fahrweise auf die Gegebenheiten vor Ort ein, sodass es zu keinen erhöhten Gefahren für die Schülerinnen und Schüler durch die Einsatzfahrten kommt.